

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgebühren), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Verlags-Anzeigen werden mit 30 A für die beidseitige Spaltenbreite oder deren Raum berechnet.

Dem Kampfe entgegen?

Je mehr wir uns dem Ablauf der bestehenden Tarifverträge nähern, um so größer erscheinen die Hindernisse für eine friedliche Verständigung. Als die Unternehmer bei den ersten Verhandlungen im Dezember unsere Forderung einer allgemeinen Erhöhung der Löhne ablehnten, da erschien das nur als ein taktisches Manöver, nicht als eine wirkliche Weigerung. Man hielt es für unmöglich, daß die Unternehmer im Ernst dies verlangen zurückweisen könnten. Dazu hatte die Forderung einen zu großen Umfang angenommen. Außerdem hatten wir auch von Äußerungen namhafter Unternehmervertreter gehört, die überaus vernünftig klangen. So sollte der Vorsitzende eines norddeutschen Bezirksverbandes gesagt haben, man müsse schon verrückt sein, wenn man glaube, neue Verträge ohne eine allgemeine Lohnerhöhung abschließen zu können. Und von einem andern Mitgliede des Arbeitgeberbundes, das bei der Ausfertigung vor drei Jahren recht viel genannt wurde, hieß es, er habe geäußert, daß man mit einer allgemeinen Lohnerhöhung als mit einer Selbstverständlichkeit rechne. Wir wollen diese Herren heute noch nicht näher bezeichnen. Infolge dieser Äußerungen nahmen wir es nicht tragisch, als die Unternehmer in München die Zustimmung einer allgemeinen Lohnerhöhung ablehnten. Auch als die Verhandlungen am 22. Januar ausgingen wie das Hornberger Schießen, konnte man noch glauben, die ablehnende Haltung der Unternehmervertreter sei nicht ernst zu nehmen. Jetzt aber, nachdem die Vertreter des Arbeitgeberbundes die Ablehnung auch in der dritten Verhandlung — wenn wir die Zusammenkunft am 25. und 26. Februar so nennen wollen — aufrechterhalten haben, und zwar aufrechterhalten haben, nachdem eine Sitzung des gesamten Bundesvorstandes vorausgegangen war, jetzt kommt der Ablehnung eine ganz andere Bedeutung zu.

Vergewaltigung der Arbeiterinteressen zu helfen. Das ist nämlich das Ergebnis — nebenbei gesagt: das einzige Ergebnis — der ganzen bisherigen Verhandlungen. Was die Verhandlungen am 29. Dezember und 22. Januar nur als unbestimmte Möglichkeit erscheinen ließen, muß nach der Zusammenkunft am 25. und 26. Februar als feste Gewissheit gelten. Als man am 22. Januar auseinanderging, gaben die Unparteiischen den Unternehmervertretern mit auf den Weg, sie möchten einmal mit ihren Mitgliedern darüber sprechen, ob sie nicht die von den Arbeitern geforderte allgemeine Lohnerhöhung gewähren könnten, um damit eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu schaffen. Die Unternehmervertreter befolgten das, indem sie den erweiterten Bundesvorstand nach Berlin beriefen und sich von ihm die Vollmacht geben ließen, die Lohnansprüche der Arbeiter glattweg abzulehnen. Das geschah denn auch sogleich nach Beginn der Verhandlung. Herr Braun Entle sagte, der Bundesvorstand sei einmütig der Meinung, daß man außerstande sei, ein solches Zugeständnis zu geben. Gewiß wäre eine Lohnerhöhung für manche Bezirke möglich, aber in vielen Bezirken würde sie auf große Schwierigkeiten stoßen.

einer Lohnerhöhung für das ganze Vertragsgebiet allen andern Verhandlungsgegenständen vorauszugehen müßte. Trotz alledem sind wir bereit, in weitere Verhandlungen über ein Vertragsmuster einzutreten, immer unter der Voraussetzung, daß am Schlusse der Verhandlung noch noch die von uns geforderte Erklärung abgegeben wird, und unter dem Vorbehalt, daß von einem zentralen Tarifrat nicht die Rede sein kann, wenn nicht in allen Bezirken eine Lohnerhöhung ausgeht.

Ob und inwieweit gleichzeitig oder anschließend über einen sogenannten Hauptvertrag gesprochen werden kann, überlassen wir dem Gange der Verhandlungen.

Dazu erklärten die Unternehmervertreter: Wir wiederholen, bereit zu sein, auf Grund des Vorschlages der Herren Unparteiischen über den Vertrag zu verhandeln.

Die Bedingung, daß am Schlusse der Verhandlung noch noch die geforderte Erklärung abgegeben wird und daß von dem Abschlusse eines zentralen Tarifrates nicht die Rede sein kann, wenn nicht in allen Bezirken eine Lohnerhöhung ausgeht, müssen wir ablehnen. Die gewünschte Erklärung können wir am Schlusse der Verhandlung ebensowenig abgeben wie vorher. Verhandlungen über die Lohnhöhe hatten wir zunächst nur bezüglich oder örtlich für möglich, und zwar unter Zugrundelegung des vorher festzustellenden Hauptvertrages und Vertragsmusters.

Sinn und Bedeutung dieser Erklärungen dürften für unsere Kollegen leicht erkennbar sein. Die Parteien stoßen sich hart auf hart gegenüber. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß man am 9. März wieder zusammenkommen wird, um über das Vertragsmuster zu verhandeln. Selbst wenn man sich dabei verständigen sollte, bleibt die Lage so wie sie ist. Aber auch über das Vertragsmuster wird es nicht so leicht zur Verständigung kommen, sondern die Verhandlungen werden eine weitere Verschärfung der Lage ergeben. Nach alledem müssen wir den Kollegen sagen: **Bezieht Euch vor!** So aufrichtig der Wunsch der Arbeiter nach Friede ist — heute ist der Kampf das Wahrscheinlichere. Laßt Euch nicht von den Ereignissen überraschen, sondern rüftet Euch zum Kampf!

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes lebt schließlich ja auch nicht auf dem Monde. Er kennt die Gründe, die es den Gewerkschaften zur zwingenden Pflicht machen, eine allgemeine Lohnerhöhung zu fordern. Er hat sich ja selbst mit der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts beschäftigt und muß infolgedessen wissen, daß diese Steigerung die seit der Aufsperrung eingetretenen Lohnerhöhungen in allen Fällen mit Stumpf und Stiel aufgefressen hat. Alles das, was man im Jahre 1910 für die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung sagte, gilt deswegen auch für die gegenwärtige Bewegung in vollem Umfang. Die Lebenshaltung der deutschen Bauarbeiter hat sich seit dem Jahre 1906 nicht gebogen; was seit jener Zeit dem Lohne zugelegt worden ist, hat die Preissteigerung der Lebensmittel wieder fortgenommen, und oft noch mehr als das. Soweit sollten nun selbst die Leute vom Bundesvorstande die Aufgaben der Gewerkschaften kennen, um sich zu sagen, daß es für diese bei solcher Sachlage gar keine Wahl geben kann; da steht die Frage einfach so: Wo Lohnerhöhungen zugebilligt werden, können die Gewerkschaften den Arbeitern die Bindung durch Tarifverträge empfehlen; wo sich dagegen die Unternehmer weigern, Lohnerhöhungen einzutreten zu lassen, und wo also ein Tarifvertrag die Wirkung hätte, den heutigen ungenügenden Lohn auf mehrere Jahre festzulegen, da sind die Gewerkschaften nicht in der Lage, die Hand zu Tarifabschlüssen zu bieten. So stehen die Dinge.

Für den, der da weiß, mit welcher Not die große Mehrheit unserer Kollegen zu kämpfen hat, erscheint es erklärlich, daß unsere Vertreter über diesen Bescheid des Bundesvorstandes nicht gerade erbaudt waren. Hier liegt der Zentralpunkt der ganzen Laberbewegung, und wenn darin keine Übereinstimmung ergibt wird, so ist schwer zu sagen, was das Verhandeln über die andern Punkte noch bezwecken sollte. Als unsere Kollegen diesen Standpunkt vertragen, zogen sich die Unparteiischen zurück und gaben nachher folgende Erklärung ab:

„Bei uns am 22. Januar gemachten Vorschläge sind wir von der Annahme ausgegangen, daß es im Interesse der Verhandlungen und zur Schaffung von Grundlagen für eventuelle örtliche Verhandlungen geboten ist, auf jeden Fall Hauptvertrag und Vertragsmuster — wenn auch vorerst unverbindlich — festzustellen. Dies Verfahren ist bei der ganzen bisherigen Tarifvertragspolitik auch in allen übrigen Bezirken üblich gewesen und dürfte allein geeignet sein, schließlich zu einem positiven Ergebnis zu führen. Die im Hauptvertrage vorgesehenen allgemeinen Bestimmungen, insbesondere über Dauer des Vertrages, Arbeitszeit, Pausenzeit und Umfang der Alfordarbeit, sind unerlässliche Grundlagen für eine örtliche Verhandlung und Verständigung. Wenn die Unparteiischen in ihrem Vorschlag erklärt haben, es solle schließlich noch einmal in eine erneute Prüfung der Zustimmung einer allgemeinen Lohnerhöhung seitens des Arbeitgeberbundes vor Aufnahme der örtlichen Verhandlungen eingetreten werden, so sollte hierdurch den Arbeitgebern Anreize gegeben werden, inwieweit Fälligkeit im Lande zu prüfen und eventuell ein Zugeständnis zu machen. Es sollte somit die Zustimmung einer allgemeinen Lohnerhöhung nicht als Vorbedingung der Verhandlung über Hauptvertrag und Vertragsmuster angesehen werden.“

Mit dieser Erklärung stellten sich die Unparteiischen auf einen Standpunkt, den wir nicht zu teilen vermögen. Unsere Kollegen bei den Verhandlungen zogen sich nunmehr zu gesondelter Beratung zurück und beantworteten die Erklärung der Unparteiischen mit folgender Erklärung der Arbeitervertreter:

In Wiederholung unserer Erklärungen, daß wir geneigt sind, mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe einen einheitlichen Tarifvertrag abzuschließen und die dafür erforderlichen Grundlagen zu schaffen, müssen wir erneut mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen, daß wir keinen zentralen Tarifvertrag abschließen können und wollen ohne eine allgemeine Lohnerhöhung, und zwar für den ganzen Bereich des Tarifes.

Wir erklären ferner, daß wir den Sinn der Vereinbarung von Herrn Unparteiischen aufgefaßt haben, als er heute von der Erklärung der Unparteiischen über den richtigen Gang von Vertragsverhandlungen nicht abgesehen können. Es ist zwar richtig, daß bei uns und auch in andern Bezirken bisher mühselig ist damit durchzumachen, was wir bisher noch keine Vertragsverhandlung zu glücklicher Lösung geführt hat. Wir halten daran fest, daß die erste Grundlage des Tarifvertrages der Lohn ist und daß deshalb auch die Zustimmung

Das Kleinwohnungswesen und der Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes.

Der erste Abschnitt des preussischen Wohnungsgesetzesentwurfs vom Jahre 1904 enthält einige erhebliche Vorschriften über Steuererleichterungen für Kleinwohnungsbau, die im neuen Entwurf fehlen; das ist allgemein aufgefallen und viel erörtert worden. Jeder Kenner unseres Wohnungswesens weiß, welche erhebliche Rolle die öffentlichen Lasten bei der Baufostenberechnung spielen. In den letzten Jahren sind sie nicht unbedeutend erhöht worden: Gemeinde, Staat und Reich wollen etwas abhaben, wenn ein Grundstück verkauft wird, wenn ein Baugesuch geprüft oder eine Baugenehmigung erteilt wird, wenn jemand eine Hypothek auf sein Grundstück eintragen läßt, wenn eine Last von einem auf einen andern übertragen wird, kurzum, wenn irgendein mit dem Grundstück zusammenhängender wirtschaftlicher Vorgang zur Kenntnis der Behörden kommt. Die Verschärfung der Grund- und Hausbesitzer, daß diese Lasten auf ihren Schultern ruhen, ist in vielen Fällen ganz falsch oder doch stark übertrieben, denn bei normalen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkte ist an der Möglichkeit der Abwälzung auf die Mieterbevölkerung nicht zu zweifeln; aber wie dem auch sei: es läßt sich nicht leugnen, daß die Belastung an sich recht hoch ist und, unterchiedlos angewendet, den Bau von Kleinwohnungen mindestens erschweren kann. Deshalb begrüßt man es sehr gern mit lebhafter Freude, daß der Entwurf (1904) eine nicht unwesentliche Erleichterung der Abgaben für den Bau von Kleinwohnhäusern vorsieht, genau so, wie man es jetzt beklagt, daß nicht ähnliche Bestimmungen im neuen Entwurf enthalten sind. Nach unsern eigenen Informationen arbeitet die preussische Regierung jetzt gerade auch an



Vor letzten Ministerbänken bestandest jedoch der Reichstag noch über künftige Angelegenheiten; er hatte zu entscheiden über die Galtigkeit der Wahlen von drei Abgeordneten, deren Mandate von der Mandatprüfungskommission für ungültig erklärt waren. Entgegen diesem Antrage beschloß der Reichstag, die Mandate der Abgeordneten Haupt (Hag) und Köstler (Kost) an die Kommission zurückzugeben, während die des anderen Abgeordneten Dr. Weder, der mit zwei Stimmen Mehrheit gegen den Fortschrittler Stöckel als gewählt proklamiert worden war, für gültig erklärt wurde. Bei der Wahl des letzten Mandates es sich vor allem darum, ob der Wahlberechtigten der Wahlakt des ganzen Ortes zu bestehen ist, wie es bei bisherigen Wahlen der Fall war, oder ob nur die zwei Stimmen, die in dem betreffenden Orte zum Wahlrecht sind, abgerechnet werden sollen. Der alte Grundbaß fand trotz seiner Unannehmlichkeit und Verwirrlichkeit in dem schwarz-blauen Block, der noch durch einen beträchtlichen Teil Nationalliberaler verstärkt wurde, eine Infallensicherheit; mit 159 gegen 128 Stimmen wurde das Verbot des Mandats für gültig erklärt.

Die neue Militärverleugung hat sich im Laufe der Wochen laminarartig im Herdort ausgedehnt. Während ursprünglich nur 70 Millionen Mark gefordert wurden, muß heute schon das deutsche Volk sich damit vertraut machen, daß dem Mosch Militarismus das Dreifache, also mehr denn 200 Millionen Mark, geopfert werden soll, und es braucht nicht allzu sehr erstaunt zu sein, wenn bei der Veranschaulichung der Verleugung die Wirtschaftler erreicht sein wird. Die spekulativen Absichten der Regierung, die in diesem System der allmählichen Steigerung der Summen liegt, ist nur zu klar zu durchschauen. Diejenigen bürgerlichen Parteien und Bestrebungen, die sich wenigstens anmaßen mit dem Schein der Opposition umgeben, hätten denn doch wohl das Gefühl gefühlt und gar zu leicht oppositionelle Ziele angefangen, wenn die Regierung sofort mit ihren Militärverleugungen herzutreten wäre. Es wäre haben Regierung und Militärminister der bürgerlichen Opposition Gelegenheit gegeben, sich bald langamer, bald in schnellerem Tempo herauszuheben zu dem höheren Willen der maßgebenden Regierung und Militärgeheimen.

Und doch geht, bei diesen exorbitanten Forderungen handelt es sich nicht etwa um eine einmalige, sondern um die jährlich wiederkehrende Ausgabe. Dazu kommen noch die mit einer Verleugung von solchen Umfang verbundenen einmaligen Ausgaben, die das hier bis fünf Jahre der dauernden Ausgaben betragen dürften, so daß jährliche Beträge die jetzt notwendig werdenden einmaligen Ausgaben die Höhe von einer Milliarde, also tausend Millionen, erreichen würden. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die Kosten der Militärverleugung des Jahres, durch die 600 Millionen geopfert werden sind, noch nicht einmal gedeckt sind, und daß der durch Staatsverschuldung erschaffte Milionenbetrag immer mehr zusammenfließt.

Unter den Regierungen herrscht denn auch über die Deutung der Verleugung noch offener Zwiespalt. Im Gegensatz zu den Regierungen Süddeutschlands, Ostpreussens, Ostbairiens und noch anderer Reichsteile ist die preussische Regierung selbst angehängt der im Ungeheuerlichen getriebenen Summe auch weiterhin die Weigerung der konservativ-liberalen Steuerhelfer gegen jegliche Verleugung und vor allem gegen die Verleugung. Wenn das eine darf als sicher angesehen werden, daß die dauernden Ausgaben in Höhe von 200 bis 250 Millionen Mark, allen freizeidlichen Verleugungen zum Trotz, wenn überhaupt, so doch höchstens zu einem verschwindend kleinen Teil durch Verleugern aufgebracht werden können, so werden die Verleugern durch indirekte Verleugung werden tragen müssen. Daß die im Reichsbudget am außerordentlichen Entwurfe einer Vermögenszuwachssteuer sowie einer Erbschaftsteuer nahen fertig seien, ist inzwischen von der Nordd. Allg. Ztg. bestätigt worden mit der weiteren Eingangsfrage, daß die Militärverleugung und die Verleugung über die Deutung der neuen Forderungen gleichzeitig dem Reichstage zugehen sollen. Die gleichzeitige Bekanntgabe von Forderung und Deutung sollte ja allerdings als selbstverständliche Voraussetzung einer jeden gesunden Finanzpolitik sein. Viel wichtiger ist es, daß die Entscheidung über beide Fragen gleichzeitig fällt und man nicht die Deutungfrage bis in den Herbst hinauschiebt. Und gerade dagegen erheben die „Parteien“ vom Schlage der „Recht“, „Nationalität“ für „nationalen Gewinn“. Wohl will man in „patriotischer“ Freigebigkeit, was auch die Regierung fordert, aber sobald es an den eigenen Geldbeutel geht, wird der „Patriotismus“ ganz heftig abgelehnt. Nachdem der Reichstag die Verleugung für formelle Verbindung zum Staatsbudget und Deutungfrage durch ein sogenanntes „Mittelglied“ als „verpflichtend“ bezeichnet, hat, fährt er weiter fort: „Man begreift dabei anknüpfend, die Militärverleugung als Vorparagraf für die Lösung der Deutungfrage nach einer bestimmten Richtung hin zu benutzen, vornehmlich aber nicht allein zu dem Zwecke, um dem sogenannten schwarz-blauen Block die Erbschaftsteuer aufzuzwingen, sondern auch um den Sozialdemokraten die Rolle des Helfers in der Finanznot zuzugewinnen. Man will inoffiziell erwarten dürfen, daß diese Verleugung unumstößlich aufgestellt ist, denn die Verbündeten Regierungen werden doch nicht so leicht sein, die Verleugung einer unbedingten künftigen Verleugung, wie die Verleugung, von der Lösung eines so schwierigen Problems, wie es die Deutungfrage ist, abhängig zu machen.“

Ohne phrasenhafte Bemerkung wird also von den Journalen die Fortsetzung derselben künftigen Finanzpolitik empfohlen, die dem Reiche bereits zu einer Schuldenlast von weit über fünf Milliarden herabgehoben hat.

Ganz so leichtfertig findet sich der Reichsbudgetetate nicht an. Im Laufe der letzten Woche hat er als junger Mann des Reichsbudgets eine Geschäftstriebe Reife war zweifellos der, mit den Regierungen der deutschen Bundesstaaten über die Vermögenszuwachssteuer zu verhandeln. Wie gemeldet wird, sind die schweren Bedenken, die seitens der süddeutschen Staaten gegen die Einführung einer allgemeinen Vermögenszuwachssteuer an Stelle einer Erbschaftsteuer von Anfang an geltend gemacht wurden, durch eine persönliche Rücksprache nicht beseitigt worden.

So fallen denn also durch die Steifheit der Regierungen einiger Mittel- und Kleinstaaten die Suche der künftigen Steuerbedenker recht erheblich und mit ihnen in gleichem Verhältnis auch die ganze nationale Bewegung, in der unter dem Aufgehört eines ausgeprägten Phrasenspiels erklärt wurde, dem deutschen Volke, besonders den „Gebildeten und Besitzenden“ Volkskreise sei kein Opfer zu groß für Deutschlands Ehre und Wohlfahrt. Noch lebt im deutschen Bürgerum der Geist seiner Wunden von 1813. Kein echter deutscher Mann dürfte denn dem Vaterlande Gut und Blut verweigern, wenn es Deutschlands Wirtschaftlichkeit, seine Zukunft und seine nationale Ehre geht.

Nun, an Gelegenheit zur Bekämpfung dieser nachsichtsvoll angelegenen Opferwilligkeit hat es in unsern lieben Vaterlande mit seinem allzu gefähigen Militärisch nie gefehlt, dazu soll den „Besitzenden und gebildeten“ Volkskreisen nach einer neuesten Erklärung der „Allg. Ztg.“ entgegnet werden, daß die Militärverleugung ausreichend Gelegenheit gegeben werden. Nach einer Mitteilung des Regierungsbüros besteht für die Reichsleitung nämlich die Absicht, die ganz besonders ins Gewicht fallenden einmütigen Forderungen der „Besitzenden und gebildeten“ Volkskreise, durch eine einmalige Abgabe von 200 Millionen Mark zu decken. Eine weitere Verleugung teilt dazu noch mit, daß bei diesem Anlaß auch die Steuerfreiheit der Fürsten fallen solle.

Wie weit dieser Plan im Bundesrat Zustimmung finden wird, muß sich erst in den nächsten Tagen entscheiden. Warten wir also ab, wie das „deutsche Vaterlandsgeld“ der „Besitzenden“ sich mit dieser Idee, die angeblich aus einer Augenblicksentscheidung an sehr hoher Stelle geboren ist, abfinden wird.

Heber die Wutungen des deutschen Bürgertums auf die militärischen Maßnahmen und Forderungen jenseits der Vogesen konnten wir bereits in der vorigen Nummer berichten. Es kann nicht überflüssig sein, heute um mindestens 100 000 Mann der kriegsfähigen überlegen ist, eine schwere Gefahr für Frankreich bedeutet. Der französische Finanzminister hat deshalb, früher als erwartet wurde, den Vorschlag gemacht, die neuen Herrschaftliche einzugestehen. Danach werden als Gesamtsumme, die für die nationale Verteidigung in Aussicht genommen sind, ungefähr 600 Millionen Franc gefordert. Einer weiteren Betätigung der Regierung, die dem Reichsbudgetbedenken behaltenden Beschluß entsprechend, dem Entwurf des Kriegsministers auf Wiedereröffnung der dreijährigen Dienstpflicht zustimmen.

Gegenüber diesen unheilvollen, verderblichstehenden Auswüchsen des Militarismus ist es aufs freudigste zu begrüßen, daß die Sozialisten beider Länder unermüdet eine großartige Aktion gegen Militarismus und Imperialismus in die Wege geleitet haben. In einem gemeinsamen Aufruf befinden die Vertreter des deutschen und des französischen Proletariats den gemeinsamen Willen, den auf dem internationalen Kongreß in Basel gestellten Zielen für die ausdrückliche Politik des Sozialismus treu zu bleiben und mit gemeinsamer Kraft in unermüdbarer Arbeit die Rüstungs- und Abwehrpolitik zu bekämpfen, die eine sich immer steigende Gefahr für den Weltfrieden bedeutet.

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Betätigung des Vorstandes.

Zur Beachtung Jugendbeschäftigung! Auf Grund der von uns verfaßten Forderungen haben eine Anzahl Orte ihr Material für die Jugendbeschäftigung bestellt.

Wir eruchen um Nachsicht, wenn sich der Vorstand noch um circa acht Tage verschieben sollte, da wegen Herabsetzung von Arbeiten die Fertigstellung der Drucksaßen sich etwas verzögert.

Ungeachtet dessen kann aber die Agitation ihren Fortgang nehmen. Vor allem sind die Namen und Wohnung der zur Mitgliedschaft bestimmten Personen sowie auch der Ortsverbanden mitzuteilen, damit die Genehmigung durch den Vorstandsbuchhand erfolgen kann.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Jugendverein Duisburg: Karl Gröbe, geboren am 6. April 1878 zu Jolifen, eingetreten am 20. April 1910; Franz Jung, geboren am 13. Juli 1893 zu Bremen, ein-

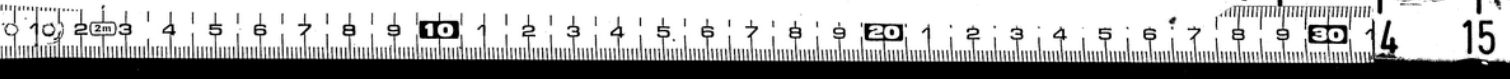
getreten am 4. Februar 1911; Rob. Kun, geboren am 18. Februar 1893 zu Vornum, eingetreten am 19. August 1911; Heinz Bahlhof, geboren am 27. September 1886 zu Barts, eingetreten am 25. Juni 1908. Zweidientliche Mitteilungen bitten wir an den Verfassenden des betreffenden Jugendvereins gelangen zu lassen.

Vom 26. Februar bis 3. März haben folgende Zweize vereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Bremen M. 40, Schwag 20, Geln 200, Frankfurt a. M. 41,70, Grawenfeld 29,88, Gera 88, Landeck 1. Schl. 800, Lohne 180, Magdeburg 3000, Osterburg 28,30, Radebe 189,99, Zeit 17,84, Stadtilm 12, Schwandorf 87,36.

- Kaleuder.
- Hildbra M. 6,50.
- Protokolle von der Einheitskassenversammlung.
- Duisburg M. 6, Gera 1,80.
- Unterale.
- München M. 50.
- „Grundstein“-Deffen.
- Gera M. 1,10, München 1,10.
- Reichsversicherungsbundung.
- Frankfurt a. M. M. 2.
- Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen. Deutschland.

- Aue. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Lein. Bebra. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Witzel.
- Bremen. Sperrte über die Firma Curt Würdemann in Syke und über die Habitarbeiten der Firma Romermann.
- Bremerhaven. Ausrüstung der Maurer und Hilfsarbeiter auf der Tecklenborgschen Werft.
- Chemnitz. Sperrte über die Firma Maundt Siewers in Thalheim.
- Colless. Sperrte über die Firma Hilger in Boppard.
- Darmstadt. Sperrte bei dem Tiefbauunternehmer Koch und an dem Bau der Flughalle.
- Dresden. Sperrte über die Firma Eichler & Seiffarth, D.-Lohbau, Habsburger Strasse, und über die Firma Noss, D.-Neustadt, Opperlstrasse.
- Frankfurt a. M. Streik der an Kühlenanlagen beschäftigten Maurer bei Baumeister & Weiß und Gustav Bilger & Co.
- Gleissen. Sperrte über die Firma Kröck & Nosseldroher in Henchelheim.
- Gollnow. Sperrte über das Geschäft von Wilh. Kästner.
- Göttingen. Sperrte über die Firma Rosenplatt er & Pratz.
- Großwalde. Sperrte über das Baugegeschäft H. Melowwald. Differenzen bei der Firma Reineke & Co. aus Stettin.
- Güsten. Sperrte über die Firma Burau.
- Gützkow. Sperrte über die Firma Peters.
- Herzberg a. H. Sperrte über Kunstin.
- Hof a. d. E. Sperrte über die Bauarbeiten der Voigt-Maschinenbaumwollspinnerei wegen Lohnkürzung.
- Horst i. E. Sperrte über die Firma W. Schmidt.
- Jarmen. Sperrte über die Firma Brandt.
- Kellnhöfen. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Evers in Quarzschel über die Arbeiten des Subunternehmers Lorenzen im Lokstedter Lager.
- Königsberg i. Pr. Sperrte über die Arbeiten der Firma Fey aus Danzig.
- Laubitzberg a. Harz. Streik.
- Leipzig. Sperrte über die Bantzen der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Lentzsch, Hohe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipziger-Anger, Zweinaundorferstraße, Hirschold & Rüdiger in Engelsdorf, Hödrich & Albrecht in Leipzig, Windscheitsstraße (die Firma zahlte keinen Lohn), über den Neubau des Unternehmers Nowatzky in Pausdorf (der Unternehmer zahlte keinen Lohn), E. Harmel (Patent Rohrdecken).
- Mannheim-Ludwigsh. Streik bei der Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau.
- Mühlheim-Oberhausen. Sperrte über die Firma Kurth & Hoffmann.
- Miesky. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Knörich auf Schloss Ober-Giebolzig. (Der Unternehmer zahlt den Wochenlohn nicht).
- Nordhausen. Streik.
- Pillkallen. Sperrte über Kalchor wegen Vertragsbruchs.
- Podejuch. Sperrte über die Firma Köhnemann und über die Firma Martini in Friedenberg.
- Pöhlitz. Sperrte über den Unternehmer Paspe.
- Reinbek. Sperrte über den Neubau auf dem Glückstadt-schen Grundstück in Wentorf wegen rückständigen Lohns.
- Rügenwalde. Sperrte über die Firma Papeanus.
- Schönebeck a. d. Elbe. Sperrte über die Bauarbeiten der Sächsisch-Thüringischen Portland-Zement-Fabrik Prusaing & Co.
- Schulzhausen. Sperrte über den Unternehmer Puhlmann.
- Slack. Sperrte über die Arbeiten des Unternehmers Kröger-Eichede in Fürstenberg-Horst.
- Stettin. (Maurer.) Sperrte über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.
- Strellitz. Sperrte über die Arbeiten der Firma Weiland.
- Waltitz. Sperrte über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.
- Zinnowitz. Sperrte über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadowasser, Otto Janke, Hermann Schumann, Rudolf Enke und Carl Mäsko in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.



ausstellung durch einen beim Weiterziehen niederliegenden ...

Lüdenscheid. Am 23. Februar verunglückte hier der ...

N.B. Zu dem in Nr. 8 des 'Grundstein' unter Lüdenscheid ...

Oranienburg. An dem von der Firma Feil aus Berlin ...

Soltau. Am 25. Februar kam unser Kollege Joh. ...

Stralsburg. Am 19. Februar, mittags gegen 11 1/2 Uhr, ...

Die Kontrolle seitens der städtischen Bauteilkontrolleure ...

Wittlingen a. d. S. Auf der hiesigen Güte er- ...

Wittlingen a. d. S. Am 24. Februar stürzte bei der ...

im Durchschnitt 4 m auseinander. Schutzplanen, Brust- ...

Schutzrichtungen beim Leberdieb- mauern.

Als Erwiderung auf die Ausführungen der Kollegen ...

Somit das Umbauen des Gerüstes auf der hochge- ...

Carl Köffel, Soltau.

Polizeiverordnung über den Arbeiterschutz auf Bauten.

Die Amtshauptmannschaften für Dresden-Altstadt und ...

§ 2. Den bei Hoch- und Tiefbauten beschäftigten Ar- ...

handene Enttarnungsanlage anzuschließen oder es ...

§ 3. In der Zeit vom 15. Oktober bis 15. April ...

§ 4. Bei jeder Baustelle muß gutes Trinkwasser vor- ...

§ 5. In den Unterwerksräumen ist ein jedermann zu ...

§ 6. Die Durchführung vorsehender Bestimmungen wird ...

§ 7. Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1913 in Kraft.

Aus Unternehmerreisen.

Die 'Deutsche Stahlgewerbe-Zeitung', das in Karls- ...

Wie weit die Gesellenorganisation ge- ...

Die Stahlfabrikanten in einer größeren Stadt des ...

trat. Nach der Verhandlung des organisierten Stahlar- ...

Es ist auch hier wiederum deutlich ersichtlich, daß in ...

Es ist auch hier wiederum deutlich ersichtlich, daß in ...

der Bedenktlosigkeit entspringen wollen, zu der es nach feiner...

Eine solche Behauptung des Unternehmerblattes enthält eine...

der von ihnen anerkannten Zuzahlung über eine auch nur...

In einer einstimmig angenommenen Resolution brachte die...

Soziales.

Arbeiterkassen. Ein Kölner Maurer stellt uns die...

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes entries like '491 Arbeitsstunden', '19 Tage Krankengeld', 'Wohlfühlgeld', etc.

Das ist der durchschnittliche Betrag der regelmäßig wiederkehrenden...

darüber sein, daß ihr Haushaltbudget überhaupt nicht schon...

Soziale Rechtspflege.

Ein ansehnlicher Fall von Rentenzuzahlung. Ein Maurer...

Polizei und Gerichte.

Wahlmännchen-Blitzstrafen. (Schlichtung vom Straß bei Konrad).

Zentralfrantentasse.

In der Woche vom 23. Februar bis 1. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Gernrode 4. 100, Gießhübel 100. Summa 4. 200.

Zuschüsse erhielten: Berlin 4. 2000, Breslau 800, München 800, Brandenburg a. d. H. 600, Eichtenberg 600, Erfurt 400, Halle a. d. S. 400, Dresden-Striesen 300, Eger 300, Elbing 300, Breg a. d. C. 200, Gießen 200, Fürstentum 200, Langensalza 200, Lissa a. d. H. 200, Osnabrück 200, Paderborn 200, Waldorf 200, Worms 200, Darmstadt 150, Marburg 150, Mühlhausen 150, Sonnenberg 150, Groß-Wolken 100, Hofen 100, Langenlebach 100, Eilenburg 1. d. 2. 100, Stadtsdorf 100, Wehlar 100, Habitzow 100, Pödelitz 80, Wilsdorf 50. Summa 4. 10 730.

Altona, den 1. März 1913. Fr. Klätschen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht den mit zu begreifen. Wenn wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. Seeligmann. (Heft 33 der Arb.-Ges.-Bibliothek.) Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68. Der erfahrene Augenarzt behandelt in klarer, gemeinverständlich Sprache den wertvollsten Sinn des Menschen, seine Lage und seinen Bau, das Sehen beim normalen, kurzfristigen und weichtichtigen Auge, die Augenentzündung der Neugeborenen, die heute noch mehr als 10 pSt. aller Erblindungen verursacht, die trophische Augenentzündung, welche so verbreitet unter den Arbeitenden ist, so viele von ihnen im Sehen, in der Berufswahl beschränkt, die Berufskrankheiten des Auges: Verletzungen, Bindehautentzündung und innere Augenentzündungen. Am Schluss bilden kleinere Abschnitte über das Ertrinken (die Körnerkrankheit oder ägyptische Augenentzündung), über Gesichtskrankheiten und Allgemein-erkrankungen in ihren Beziehungen zum Auge, über den Star, über Altersveränderungen am Auge und über Erblindungen des Sehens durch Tabak und Alkohol.

Ein Durchschnit durch das Auge erleichtert das Verständnis des Lesens und dürfte mit zur Ausbreitung des Textes in unsem Arbeitertreuen beitragen.

Der Preis ist wie bei allen bisher erschienenen Heften der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 20 A. In bester Ausgabe 50 A. Vorrätig halten es alle Parteibuchhandlungen.

Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Preis 30 A. Aus der Serie der Führer durch die Krankenversicherung erschienen. Er reißt sich würdig denen durch die Unfall- und durch die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung an. Die vielen Veränderungen, die die Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der Krankenversicherung gebracht hat, werden natürlich mit Sorgfalt behandelt. Das billige Büchlein ist gut ausgestattet und mit einem ausführlichen Sachregister versehen. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Expeditionen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess der Sozialdemokratie Preußens. Abgehalten in Berlin am 6. bis 8. Januar 1913. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Preis 1. 25.

Aus dem Inhalt: Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses. - Bericht der Landtagsfraktion. - Die Landarbeitersfrage in Preußen. - Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtstempel in Preußen. - Beiträge für die Landtagswahlen. - Statut der Landesorganisation für Preußen.

Das Protokoll, das für jeden Interessenten weit über die Grenzen Preußens hinaus zur Beurteilung der preussischen Zustände von Wichtigkeit ist, kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Die preussischen Landtagswahlen. Ein Führer durch das Dreiklassenwahlrecht. Vom Landtagsabgeordneten Robert Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68. Ein unentbehrliches Gesellen für die Agitation zu den Landtagswahlen. Organisationen erhalten bei Massenbezug bedeutend ermäßigte Preise.

Briefkasten.

(Fragebogen in Sachen des illegalen Rechts beantwortet nur dann, wenn er keinen rechtlichen Charakter hat, nicht, wenn er die Rechte verletzt ist.)

H. W., Landberg a. d. W. Beachte Briefkastennote in Nr. 4 des „Grundstein“. Die Briefkastennotiz. I. Gewiß dürft Ihr den „Grundstein“ an der Baustelle verteilen; sowohl an unsere Kollegen, die empfangsberechtigt sind, als auch etwa einige übrig gebliebene Exemplare an Individuen. 2. Meinst Du Preußen i. Ober-Schlesien, Preußen a. d. Oder (Bezirk Silesien) oder Preußen i. G.-ner, Pagen i. W. Es freut uns, daß Du die Bauarbeiter heran und heraus haben willst. Wir empfehlen Dir, daß Du der Du recht lange „darin“ warst, sehr selten eigenen Rat befolgst und nicht für das Wohl der Sache des Verbandes arbeitest. Leider ist Dein Gedicht nicht druckreif.

Kath. Juchburg. Warum keine Namensunterchrift? Nummer 7 drucken beantwortet wir grundsätzlich nicht. Auf die Fragen selbst gibt der offene Urfrage unser Wortlaut Auskunft.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Wust. Besprecht), verantwortlicher Redakteur: Hermann Otto, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rur & Co. in Hamburg.

Fr. Schulze, Mühlhausen i. G. Berter Kollege! Wir sind leider keine Propheten, daß wir den Umfang des möglichen Kampfes in diesem Jahre voraussagen können. Die Unterführungen werden durch Statut geregelt, wenn nicht der außerordentliche Verband anders beschließt. Widmar, K. Ehrenverleihungen, Abbiten und dergleichen veröffentlicht der „Grundstein“ nicht. Solche Dinge werden viel zweckmäßiger in den Zweigvereinsversammlungen erledigt.

J. S. Tritan. Buchhandlung Rur & Co., Hamburg. Gegenstück i. Bogel. Die Auskunft gibt der Vorstand, wenn ihm mitgeteilt wird, wer der Auskunftgebende ist. Auf der Karte fehlt die Unterschrift. Danke, Berlin. Freund Otto für Streik und Sprengnotizen „Befamntmachungen“ sind wir am liebsten nicht verantwortlich. Werden aber selbstverständlich das Recht vorantlassen.

Anzeigen

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Ortsangehörigen, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt 14.)

- Altenburg. Am 27. Februar starb der Kollege Moritz Lippolt im Alter von 54 Jahren an Lungenerkrankung.
Bamberg. (Gahlselle Steinsdorf). Am 23. Februar starb unser Kollege Gg. Kottmund im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung.
Wartenfels. Am 22. Februar starb unser treuer Kollege Eugen Sachs im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.
Bayreuth. Am 16. Februar starb unser Kollege Gust. Radolf aus Berge im Alter von 23 Jahren an Lungenschwindsucht.
Berlin. Am 22. Februar starb unser Mitglied Wilhelm Vogt im Alter von 67 Jahren an Herzschlag.
Chemnitz. Am 1. März starb der Kollege Franz Korn an Magenverkrüftung.
Coburg. Am 2. März starb nach qualvollem Leiden unser treuer Mitglied Karl Schuboth im Alter von 23 Jahren.
Danzig. Am 19. Februar starb unser Kollege Bernhard Kammhans im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung.
Dresden. Am 17. Februar starb der Kollege Rob. Kirsten aus Niederlöbnitz im Alter von 45 Jahren freiwillig aus dem Leben.
Düsseldorf. Am 26. Februar starb unser Kollege Waldemar Hansen im Alter von 47 Jahren an Lungenerkrankung.
Eisenach. (Gahlselle Kreuzburg). Am 21. Februar starb nach langem Leiden unser Kollege Ernst Hiler aus Scherba im Alter von 19 Jahren an Lungenschwindsucht.
Erfurt. Am 12. Februar starb unser Kollege Hubert Brillen im Alter von 41 Jahren.
Forchheim. Am 26. Februar starb unser Schriftführer Michael Müller im Alter von 48 Jahren an Schlaganfall.
Freiburg a. B. Am 21. Februar starb unser treuer Mitglied Jos. Jung I im Alter von 67 Jahren an Herzerkrankung.
Halle. Am 18. Februar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege Hans Enzenberger im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung.
Görlitz. Am 23. Februar starb unser Kollege August Winkel aus Diemarden im Alter von 38 Jahren an Gehirnerkrankung.
Karlshagen. Am 22. Februar starb der Kollege Karl Tisch im Alter von 40 Jahren infolge Unfalls. (Gahlselle Oberlöbnitz). Am 23. Februar starb unser Kollege Ludwig Scheib im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung. (Gahlselle Wörsch). Am 27. Februar starb der Kollege Josef Keller im Alter von 30 Jahren an Lungenerkrankung.
Leipzig. Am 1. März starb unser langjähriger Kollege Hermann Kitz im Alter von 62 Jahren an Gehirnlähmung. Am 1. März starb unser Kollege Hermann Lange im Alter von 45 Jahren an Magenleiden.
Münster. Am 22. Februar starb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriger Kollege H. Zietz im Alter von 64 Jahren an Mastdarmentzündung.
Magdeburg. Am 26. Februar starb der Kollege August Specht im Alter von 64 Jahren an Rückenmarkleiden. (Gahlselle Osimersleben). Am 21. Februar starb der Kollege Andreas Knupp im Alter von 67 Jahren an Herzschwäche.
München. (Bezirk Schlachthausviertel). Am 27. Februar starb unser Kollege Joachim Meschenmoser im Alter von 40 Jahren an Hysterie.
Hannover. Am 26. Februar starb unser Kollege Karl Schütz im Alter von 68 Jahren an Speiseröhrenentzündung.
Hebra. Am 22. Februar starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Otto Thiele im Alter von 28 Jahren an Tuberkulose.
Am 24. Februar wurde der Kollege Valentin Gossinski in einem Streit erschossen. Am 26. Februar starb der Kollege Anton Grubert an Lungenschwindsucht. Am 27. Februar ist der Kollege Josef Michalezak freiwillig aus dem Leben geschieden.
Schwelm. Am 27. Februar starb unser Kollege Philipp Haer im Alter von 38 Jahren an Folgen eines Unfalls.
Straßburg i. Elz. Am 26. Februar starb unser treuer Kollege Jacques Haffel im Alter von 60 Jahren an den Folgen eines Unfalls.
Ehre ihrem Andenken!

Das Bureau befindet sich Enge Gasse 1. [M. 1,50] J. A. Heinrich Beck.

Wiesbaden. weiteren Lokalbeamten.

Der Zweigverein Wiesbaden sucht zum 1. April einen Grundbedingung: Bewerber müssen rednerisch und agitatorisch befähigt, mit allen vorkommenden Arbeiten in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung vertraut und mindestens fünf Jahre gewerkschaftlich sowie politisch organisiert sein. Bewerberinnen mit einer Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalbeamten und über die bisherige Tätigkeit sind bis einschließlich 15. März mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Fritz Silberstein in Dohheim b. Wiesbaden, Wollstr. 5, einzuwenden. Für Bewerber, welche schon in beamteter Stelle sind, kann der Anstellungstermin verlagert werden. [M. 5,70] Die Anstellungskommission.

Ludwig Feucht, Maurer, geb. 16. Februar 1878 wird wegen dringender Angelegenheiten von seiner Frau gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort wissen, werden gebeten, seine Adresse an Frau Babette Feucht, Bierstraße 6, Wiesbaden, Zimmerstr. 4, zu melden. [M. 1,50]

Hermann Ott, Maurer, geboren am 23. Februar 1884 wird vom Zweigverein Schneidemühl wegen wichtiger Familienangelegenheiten gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden gebeten, seine Adresse an Willy Hoffmann, Schneidemühl, Marktstr. 4, mitzuteilen. [M. 1,50]

Hans Petroff, Maurer, geboren am 6. Juli 1888 gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden gebeten, seine Adresse an Willy Hoffmann, Schneidemühl, Marktstr. 4, mitzuteilen. [M. 1,50] J. A. Albert Grimm, Mittelstr. 8.

Abtreibenveränderungen.

(V. bedeutet Vorkämpfer, K. Kassierer, L. Ortsleiter, H. Ortsvorstand. Die Reihenfolge ist nicht unbedingt die Reihenfolge der Abtreiben.)

- Bad Blankenburg i. Thüringen. K. u. R. Paul Oh. Obere Marktstr. 29.
Bergedorf. K. Fr. Jannmann, Brunnenstr. 128a, 1. Et.
Braunschweig. V. Ernst Freyberg, Hofstr. 2, 1. Et.
Celle. V. Alfred Schuberth, Nr. 189.
K. u. R. Wilhelm Steinert, Nr. 62.
Gelsenkirchen. Das Bureau befindet sich vom 19. März ab Ringstr. 153, 1. Et.
Glogau. Hermann Klose, Kaiserstr. 10, Hof, 1. Et.
Grimmer i. Pomm. V. Ernst Prof. Strohsch, 292.
K. u. R. Robert Gienapp, St. Reichmannstr. 278.
Gronau i. Hannover. V. Alf. Basse, Heben b. Brüggen.
K. G. Oppermann, Heben b. Wülfgen.
Heilbrunn. (Stuttgarterstr.) V. Rudolf Aichele, Salmersstraße 36, 3. Et.
Hörsingstutter. V. Karl Hohmann, Eisenfeld 18, Oberlutter bei Hörsingstutter.
Hünfeld. V. Johann Popow, Wallstr. 38, 1. Et.
Karlsruhe i. Hannover. K. Heinrich Biefenies, Maurer, Rütze b. Sarstedt.
Schöningen. Nr. Helmstedt. V. Fern. Schaper, Elmstr. 6.
Seezen a. Harz. V. Fritz Jordan, Jakobstr. 287.
Soltan i. Hannover. V. Heim. Norwert, Maßroderstr. 11.
Helsen. V. Geir. Gahn, Kirchhoffstr. 9.
Wolfsenbüttel. V. Karl Rufflein, Klummenweg 8.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandssitzungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen. Versammlungen der Zweigvereine. Sonnabend, den 8. März. Laagenweizendorf, Abends 8 Uhr bei Herrn. L.-D. Göttingerstr. Sonntag, den 9. März. Bamberg. Abends 8 Uhr in der Restauration „Mittern.“. Mitglieder des Ortsvereins. Sonntag, den 10. März. Bamberg. Abends 8 Uhr im „Gahlselle“. Mitglieder des Ortsvereins. Sonntag, den 16. März. Würzburg. (Stuttgarterstr.) Abends 8 Uhr in der „Maurer Kasse“.